

## Bericht des Landesausschuss an den 10. Landesparteitag

### 1. Der Landesausschusses 2024/2025

Der Landesausschuss steht als eines von drei Organen der Landespartei neben dem Landesvorstand in der Verantwortung für die Entwicklung der Partei zwischen den Parteitag. Der Landesausschussvorstand arbeitet beständig daran, dass der Landesausschuss seine Rolle auch wahrnehmen kann.

Die Wahlperiode des Landesausschusses geht vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2025, der Berichtszeitraum umfasst also knapp drei Viertel der Amtszeit der aktuellen Mitglieder des Landesausschusses. Die erste Tagung des 10. Landesparteitags ist jedoch die letzte Möglichkeit, einem Landesparteitag innerhalb der laufenden Amtszeit zu berichten. Zudem haben die Dichte der politischen Großereignisse und die Berg- und Talfahrt unserer Partei zwischen Anfang 2024 und Anfang 2025 den Landesausschuss intensiv beschäftigt hat und bieten ausreichend Berichtsgegenstände.

Seine Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand hat der Landesausschuss in bisher acht Landesausschusssitzungen, der Beratung über die Landes- und Bundesliste sowie die regelmäßige Teilnahme der Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden sowie weiterer Vorstandsmitglieder an geschäftsführenden Landesvorstandssitzungen, Landesvorstandssitzungen, Kreisvorsitzendenberatungen und einer Vielzahl weiterer Termine ausgeübt. Die beiden Landesvorsitzenden, der stellvertretende Landesvorsitzende, der Schatzmeister und die Landesgeschäftsführer:innen haben regelmäßig an den Sitzungen des Landesausschusses teilgenommen und den Austausch ermöglicht.

### 2. Zusammensetzung in der aktuellen Amtszeit

Die konstituierende Sitzung fand am 17.01.2024 statt. Zur Vorsitzenden wurde Julia Langhammer wiedergewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Torge Dermitzel wiedergewählt. Dem Landesausschussvorstand gehören weiterhin Lara Albert, Steffi Richter-Schmidt, Dylan Rubisch, Kathrin Reinhardt und Lisa Beckmann an. Die Vorstandsmitglieder haben sich zwischen den Sitzungen regelmäßig abgestimmt und Sitzungen sowie eine Klausur im Vorfeld der Aufstellung der Liste zur Landtagswahl durchgeführt.

Zum jetzigen Zeitpunkt gehören weitere 36 Genoss:innen dem Landesausschuss als Mitglieder mit beschließender Stimme und drei Genoss:innen dem Landesausschuss als Mitglieder mit beratender Stimme an. Zur Übersicht: <https://www.die-linke-thueringen.de/partei/organe/landesausschuss/> Wie in den vergangenen Wahlperioden war die Mitgliedschaft immer wieder Änderungen unterworfen. Nicht alle Gliederungen und Zusammenschlüsse konnten zu Beginn der Amtszeit Mitglieder in den Landesausschuss entsenden. Der Landesausschuss 2022/2023 diskutierte daher über ein Jahr lang intensiv eine Strukturreform und votierte letztendlich mehrheitlich für eine Satzungsänderung mit dem Ziel der Verkleinerung des Landesausschusses. Der Antrag hat durch den 9. Landesparteitag nicht die erforderliche satzungsändernde Mehrheit gefunden.

Somit gehören auch dem nächsten Landesausschuss 2026/2027 jeweils zwei Mitglieder pro Stadt- oder Kreisverband sowie des Jugendverbandes und je ein Mitglied der anerkannten Landesarbeitsgemeinschaften mit beschließender Stimme an.

### 3. Arbeitsschwerpunkte, Vorschläge für Landeslisten und Schlussfolgerungen des Landesausschusses

Der Landesausschuss führt laut Satzung mindestens zwei Sitzungen jährlich durch. In der aktuellen Wahlperiode finden vier reguläre Sitzungen jährlich statt. Die vergangenen **Sitzungen** waren am 17.01.2024, 06.03.2024, 18.09.2024, 20.11.2024, 05.03.2025 und 04.06.2025. Dazu kam eine gemeinsame, sehr intensive und lange Sitzung mit dem Landesvorstand zur Erarbeitung eines **Vorschlags**

**zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl** am 25.04.2024. Hierzu wurde im Vorfeld ein Verfahren abgestimmt und durch den Landesausschuss mitgetragen. Dennoch wurde sowohl von Teilnehmenden als auch von Nichtteilnehmenden an der gemeinsamen Sitzung im Nachhinein Kritik an die Vorstände herangetragen. Insbesondere wurde angebracht, dass die politisch-inhaltliche Begründung der Vorschläge des geschäftsführenden Landesvorstandes und des Landesausschussvorstand nicht hinreichend war, sondern der regionale Proporz und persönliche Sympathien zu stark gewichtet wurden. Der Landesausschuss regt daher an, das Verfahren zu überdenken und es insbesondere zu entzerren, ohne die Beteiligung beider Gremien in Frage zu stellen. Der sehr enge Zeitplan hat eine transparente und faire Meinungsbildung erschwert.

Der **Vorschlag zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2025** wurde in einem anderen Verfahren erarbeitet. Je zwei Vertreter\*innen des geschäftsführenden Landesvorstandes und des Landesausschussvorstandes erarbeiteten einen Vorschlag für die Vertreter\*innenversammlung. Das pragmatische und der objektiv massiv herausfordernden Lage vor der vorgezogenen Bundestagswahl geschuldete Verfahren hat im Landesausschuss erhebliche Kritik aufgrund der mangelnden Transparenz und fehlender Beteiligung breiterer Kreise der Partei hervorgerufen, wurde jedoch mehrheitlich so beschlossen. Eine kurzfristig durchgeführte Videokonferenz des Landesausschusses ermöglichte zwar den Austausch über Kriterien und Kandidaturen, ersetzte aber keine strukturierte Einbindung. Die Entscheidungsfindung war einfacher, das Vorgehen sollte dennoch kein Vorbild für künftige Listenaufstellungsverfahren sein.

**Die nächsten Sitzungen** des Landesausschusses finden planmäßig am 03.09. und 03.12.2025 statt. Der Landesausschuss hat in seiner Geschäftsordnung neu festgelegt, dass die Sitzungen grundsätzlich hybrid stattfinden. Dabei sind **alle Parteimitglieder eingeladen**, vor Ort in der Landesgeschäftsstelle oder digital zugeschaltet teilzunehmen. Alle Parteimitglieder sind zudem berechtigt, Anträge an den Landesausschuss (genauso wie an alle anderen Parteiorgane) zu stellen.

Alle Landesausschusssitzungen der aktuellen Wahlperiode waren beschlussfähig. Zum schnelleren Austausch wurde eine Telegramm-Gruppe eingerichtet, die noch stärker genutzt werden könnte. Das gilt auch für die neu eingerichtete Landesausschuss-Cloud. Die Protokolle der Landesaussitzungen, von Vorstandssitzungen, soweit Beschlüsse gefasst wurden, Termine und Beschlüsse werden vollständig auf der Homepage des Landesverbands veröffentlicht. Dies gelingt allerdings weiterhin nicht immer zeitnah.

Der Landesausschuss hat vor allen Tagungen des 9. und der 1. Tagung des 10. Landesparteitags **digitale Antragsforen** durchgeführt, teils als gemeinsames Format mit dem Landesvorstand. Auch Kandidierende für Parteiämter konnten sich dort vorstellen. Mit den Antragsforen wurde allen Genoss:innen das Angebot unterbreitet, parteiöffentlich über die vorliegenden Anträge zu beraten, Änderungs- und Verbesserungsideen zu entwickeln sowie auch Nichtdelegierten eine aktive Teilhabe an den Parteitagen anzubieten, die über das Verfolgen des Live-Streams hinausgeht.

Naturgemäß hat das „lange Superwahljahr 2024“ bis einschließlich Februar 2025 den Landesausschuss am stärksten beschäftigt. Dies betraf die Aufstellung der Kandidat\*innen, die Auseinandersetzung mit den sehr schmerzhaften Wahlergebnissen 2024 und auch die Vorbereitung und Auswertung der Bundestagswahl 2025.

Ende 2024 stand die Linke vor der Existenzfrage, nicht wenige hatten sie schon abgeschrieben. Im Landesausschuss machte sich die Entwicklung auch dadurch bemerkbar, dass – wie schon in Wahlperiode 2022/2023 – teils langjährige Landesausschussmitglieder die Partei verlassen haben. Der Landesausschuss hat regelmäßig Berichte zur politischen Lage aus Sicht des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion, zur Mitgliederentwicklung, zur finanziellen Lage sowie zur Situation in den unterschiedlichen Gliederungen gehört und über Schlussfolgerungen daraus diskutiert.

Die Konsequenzen aus der desaströsen Gesamtlage auch der Bundespartei sowie die nötige personelle und inhaltliche Erneuerung wurden mit der Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Luise

Neuhaus-Wartenberg Ende 2024 diskutiert. Die Debatte wurde mit dem Bundesgeschäftsführer Janis Ehling im Jahr 2025 fortgesetzt.

Dabei hat der Landesausschuss in **Folge der Landtagswahl** angemahnt, die Ursachen der Wahlniederlage auf Thüringer Ebene zu analysieren, politische und strategische Entscheidungen der vergangenen Wahlperioden kritisch aufzuarbeiten und daraus Konsequenzen zu ziehen. Dieser Prozess kann noch nicht abgeschlossen sein. Gleichzeitig sind seit Ende 2024 tausende neue Mitglieder zur Thüringer Linken hinzugekommen. Sie haben zurecht den Anspruch, den Blick nach vorn zu richten, anstatt in Konflikten der Vergangenheit und eingefahrenen Debatten zu verharren.

Der Landesausschuss hat dazu am 19.08.2024 folgende **Aufforderung an den Landesvorstand** beschlossen:

Die Partei Die Linke Thüringen muss in einen offenen Diskussionsprozess eintreten:

- zu der politischen Arbeit in Landesregierung, Fraktion und Partei seit Wahl 2019. Was war hilfreich, was nicht? Welche Rollenverteilung bestand zwischen Landtagsfraktion, Partei und Regierungsmitgliedern? Gab es ein konsistentes Auftreten, eine kritische Debatte und tragfähige Absprachen in den wichtigen Politikfeldern? Wie wurden Rückmeldungen von Bürger\*innen und Genoss\*innen aufgenommen und Ideen der Basis integriert? Wie wurden die spezifischen Anliegen der Linken in der Regierung thematisiert?
- um den Wahlkampf gemeinsam zu bewerten. Haben sich Entscheidungsstrukturen, die Strategie und die Kommunikationswege bewährt? Wo wurden die relevanten Entscheidungen transparent diskutiert? Wieso kamen unsere guten Ideen und auch gute Ergebnisse unserer Politik bei den Bürger\*innen nicht an? Wie kann das in Zukunft besser gelingen?
- um die viel geringeren Ressourcen bestmöglich einzusetzen. Wie sieht eine Bürostruktur aus, die dauerhafte Arbeit vor Ort ermöglicht? Der Umgang mit unseren Wahlkreismitarbeiter\*innen, mit den Beschäftigten der Fraktion und des Landesvorstands muss sich an unseren politischen Werten bemessen: rechtskonform, solidarisch, transparent.
- um eine Personalentwicklung einzuleiten, die einen klaren und inhaltlich fokussierten Wahantritt mit einem überzeugenden Personalangebot 2029 ermöglicht. Dabei sollte der Wettbewerb um die besten Ideen für unsere Politik aktiv gefördert werden, um eine inhaltliche Erneuerung und die Entwicklung konkreter überzeugender Projekte mit denen wir identifiziert werden voranzutreiben,
- mit der offenen Auseinandersetzung damit, dass weiterhin ein erhebliches Informations- und Einflussgefälle zwischen Funktionsträger\*innen und „Basis“ besteht. Ein Weg, dieses abzubauen kann die Aufwertung des Gremiums der Kreisvorsitzenden und eine größere Öffentlichkeit des Landesvorstands durch hybride/digitale Sitzungen und eine transparente Darstellung der Beschlüsse auf der Homepage sein. Darüber hinaus könnte eine Ideenplattform für Genoss\*innen geschaffen werden.
- über die Rolle der Vorstände auf Landes- und Kreis/Stadtebene und ihre Diskussions- und Entscheidungskultur. Sind gefasste Beschlüsse tatsächlich Ergebnis der Diskussion unter den gewählten Mitgliedern oder wird Vorlagen ohne (politische) Diskussion weitgehend zugestimmt? Inwiefern fließen auch Minderheitsmeinungen in Stellungnahmen und Beschlüsse ein?

Der Landesausschuss würdigt ausdrücklich, dass die aufgeworfenen Fragen in den Zukunftswerkstattprozess eingeflossen sind und breit diskutiert werden können. Wir ermutigen den neu zu wählenden Landesvorstand, mit den Ergebnissen selbstbewusst und transparent umzugehen sowie daraus politische und strukturelle Konsequenzen zu ziehen. Bereits 2023 hatte der Landesausschuss vorgeschlagen, für Entwicklungs- und Veränderungsprozesse auch externe Expertise und eine professionelle Moderation einzubeziehen.

Der Landesausschuss begrüßt, dass es gelungen ist, eine flächendeckende Präsenz der Partei in jedem Landkreis abzusichern. Wir danken den Land- und Bundestagsabgeordneten für ihre Kooperationsbereitschaft, auch weil die aktuelle Struktur mit erheblichen und auch ungleich verteilten zeitlichen Beanspruchungen verbunden ist.

Aus Sicht des Landesausschusses insbesondere ungelöst ist die **Frage der zielgerichteten Personalentwicklung** für die Übernahme von Verantwortung innerhalb der Partei sowie für Kommunal- und Parlamentsmandate 2029. Hier wird es darauf ankommen, potenzielle Kandidat\*innen zu gewinnen und fördern, die ein eigenständiges politisches Profil entwickeln und für eine widerständige Linke unter den aktuellen Thüringer Bedingungen stehen. Es reicht definitiv nicht aus, im Vorfeld der Kandidierendenaufstellung nach möglichen neuen Gesichtern Ausschau zu halten.

Die Arbeit in den Kommunen und die Wahrnehmbarkeit vor Ort ist eine Grundlage für politische Erfolge in Land und Bund. Die **kommunalpolitische Verankerung** muss daher (wieder) mehr in den Fokus rücken und deutlich gestärkt werden. Hierfür benötigen die Kreisverbände mehr Unterstützung durch die Landespartei.

Offen ist der Auftrag des Landesausschusses an den geschäftsführenden Landesvorstand, ein jährliches Mitgliederwochenende in Präsenz sowie einen digitalen Mitgliedertag anzubieten. Durch den geschäftsführenden Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle wurden jedoch im vergangenen Jahr eine Vielzahl digitaler und präsenster Veranstaltungsformate durchgeführt, die das Parteileben weiterentwickeln.

Der Landesausschuss würdigt auch die **Unterstützung der Stadt- und Kreisverbände** bei der Einbindung und Aktivierung der Neumitglieder. Anzumerken ist, dass die Mitgliederarbeit immer nur gemeinsam und nicht im Konflikt mit den Stadt- und Kreisverbänden erfolgen kann. Die unterschiedlichen Bedürfnisse in der Fläche sind zu achten und zu berücksichtigen.

Abschließend danken wir als Landesausschussvorstand den Mitarbeiter\*innen der Landesgeschäftsstelle für die in der aktuellen Wahlperiode deutlich verbesserte Unterstützung, insbesondere den Landesgeschäftsführern Rene Kolditz und Paul Gruber (kommissarisch), Holger Hänsgen, der die Arbeit des Landesausschussvorstands konstant unterstützt sowie Claudia Rehm.

Beschlossen am 04.06.2025



Julia Langhammer, Vorsitzende